

VORTRAG

FL-Industriebetriebe und der deutsche Kriegsbedarf



VADUZ – Morgen Donnerstag, den 17. November, wird im Liechtensteinischen Landesmuseum (Bild) um 18 Uhr die Vortragsreihe über Fragen zu Liechtenstein zur Zeit des Nationalsozialismus fortgesetzt. Es referiert Veronika Marxer zum Thema der Produktion für den deutschen Kriegsbedarf 1939 bis 1945 durch liechtensteinische Industriebetriebe.

Im Rahmen der Forschungen der Unabhängigen Historikerkommission Liechtenstein Zweiter Weltkrieg (UHK) gingen Veronika Marxer und Christian Ruch der Frage nach, ob Industriebetriebe in Liechtenstein für den deutschen Kriegsbedarf 1939 bis 1945 produziert haben. Die Autoren untersuchten die Entstehung von drei Betrieben im Zusammenhang mit dem deutschen Kriegsbedarf, mit den Interessen schweizerischer Industrieller sowie mit der wirtschaftlich schwierigen und politisch heiklen Situation des Landes. Im Vortrag wird gezeigt, was auf den sogenannten verlängerten Werkbänken produziert und nach Deutschland geliefert wurde, grossenteils über die Schweiz. Überlegungen zur Arbeitsbeschaffung, zur Abhaltung des Nationalsozialismus durch Arbeits-einkommen sowie zu Appeasement gegenüber Deutschland wirkten ineinander.

Der Vortrag über dieses spannende Thema dauert etwa 45 Minuten. Der Besuch ist kostenlos. (PD)

FBP-TERMIN

Einladung zum Frühschoppen

MAUREN/SCHAANWALD – Die FBP-Ortsgruppe Mauren-Schaanwald freut sich, alle interessierten Einwohner/-innen und Freunde zum Frühschoppen in das Restaurant «Alter Zoll» in Schaanwald einzuladen:

● Sonntag, 20. November um 10 Uhr
Die anwesenden Gäste bestimmen, welche Themen im Mittelpunkt der Diskussion in lockerer Atmosphäre stehen werden. Die FBP-Gemeinde- und Landespolitiker – unter ihnen auch Gemeindevorsteher Freddy Kaiser – werden Sie kompetent und transparent über das aktuelle Geschehen informieren.
Ortsgruppe Mauren-Schaanwald

Was danach kommt

Abstimmungs-Diskussion bei der FBP-Ortsgruppenversammlung in Eschen

ESCHEN – Was wird sich am Tag nach der Volksabstimmung über die Initiative «Für das Leben» und den entsprechenden Gegenvorschlag des Landtages konkret ändern? Über diese Frage und zahlreiche andere ist gestern Abend bei der FBP-Ortsgruppenversammlung in Eschen diskutiert worden.

• Martin Nisch

Gerold Marxer vom Initiativkomitee «Für das Leben» erläuterte gestern bei der FBP-Ortsgruppenversammlung in Eschen kurz die Beweggründe, die zur Initiative geführt haben. Das Leben stehe immer mehr «zur Disposition». Nicht das Leben werde geschützt, sondern lediglich Personen. Dies sei «sehr gefährlich». Deshalb die absolute Formulierung «Schutz des Lebens vom Anfang bis zum natürlichen Tod». Der Staat müsse in die Verantwortung genommen werden, deshalb die Forderung der Initianten, der Schutz des Lebens sei in der Verfassung bei den Staatsaufgaben zu verankern.

Ausserordentlich wichtige Wertediskussion

Renate Wohlwend erläuterte dazu den Gegenvorschlag des Landtages, der den Schutz des Lebens als Individualrecht verankern will. Dabei liege den Abgeordneten der Schutz des Lebens ebenfalls sehr am Herzen. Mit dem Gegenvorschlag bleibe jedoch die Möglichkeit für weitergehende Diskussionen wie beispielsweise die Definition des natürlichen Todes. Was mit dem Vorschlag des Initiativkomitees nicht mehr möglich sein würde, so Wohlwend.

Die von den Initianten angestossene, grundlegende Wertediskussion sei ausserordentlich wichtig für die Gesellschaft. Diese Tatsache wurde gestern von allen Anwesenden anerkennend aufgenommen.

Sowohl bei der Schwangerschaftsproblematik, als auch beim Thema eines «würdigen Sterbens» stand die Frage im Raum, inwieweit man den Staat in die Pflicht nehmen kann. Für das Initiativkomitee ist es wichtig, dass der Staat aktiv handelt. Dies werde er nur



Eine interessierte Runde, die der Eschner Vorsteher Gregor Ott (stehend) gestern begrüssen konnte.

tun, wenn er dazu in der Verfassung verpflichtet werde, sagte Marxer. Anders sehen es die Befürworter des Gegenvorschlags. Das Recht auf Leben sei einlagbar. Rein strafrechtlich könne man die vielfältigen Probleme im Zusammenhang mit Leben und Tod nicht lösen, so Wohlwend. Regierungschef Hasler unterstrich dabei den wesentlichen Unterschied der beiden Verfassungsvorschläge. Die Initiative «Für das Leben» fordere den Staat, der Gegenvorschlag betone das Individualrecht. «Es wird immer Grenzsituationen geben», so Hasler. Und «das Gewissen kann man nicht mit Gesetzen entlasten». Der Regierungschef betonte ausdrücklich, dass beide Verfassungsänderungsvorschläge sich nicht für eine Fristenlösung aussprechen. Und letztlich werde sich die FBP immer «für den Schutzgedanken» aussprechen. Mit dem Gegenvorschlag bleibe aber der Spielraum, um eine

grundlegende Wertediskussion zu führen.

Verdienst der Initianten

Dies ist es auch, wozu es laut Marcus Vogt am Tag nach dem Abstimmungswochenende sicher kommen wird: «Es wird eine Diskussion über den Tag hinaus geben.» Das sei das grosse Verdienst der Initianten, betonte Vogt wie auch FBP-Parteipräsident Johannes Matt.

Hinsichtlich der Abstimmung sagte der Regierungschef: «Fatal wäre ein doppeltes Nein.» Damit würde ein schlechtes Signal gegeben. Mit einer hohen Wahlbeteiligung (70 bis 80 Prozent) würde laut Regierungschef ein wichtiges Zeichen gesetzt.

Zur Regierungsarbeit

Im Anschluss erläuterte Regierungschef Otmar Hasler die anstehenden Aufgaben der Regierung. Es gelte, den Wirtschaftsstandort für die Zukunft zu bereiten. Insbesondere müssten Lösungen gefunden

werden für die über 700 Arbeitslosen im Land. Beim Finanzhaushalt seien strukturelle Massnahmen nötig, auch im Sozialbereich. Dort sollen die Leistungen bedarfsgerechter werden, kein Giesskannenprinzip mehr. Bedürftigen soll jedoch weiterhin wie bisher geholfen werden. Auch im Bereich der Frühpensionierung seien Korrekturen nötig. Insgesamt sind in den nächsten vier Jahren jährliche Einsparungen von 40 Millionen angestrebt, um den Gesamthaushalt zu entlasten. Korrekturen seien unumgänglich, dies gelte es jedoch Schritt für Schritt anzugehen. «Wir sind verpflichtet, Lösungen aufzuzeigen», so Hasler hinsichtlich der Arbeit innerhalb der Koalitionsregierung.

Aus der Gemeinde

Vorsteher Gregor Ott gab zum Schluss der Versammlung einen kurzen Überblick zum Gemeindegesehen. Als ein grosses laufendes Projekt (30 Millionen Franken) erwähnte er den Bau der Primarschule. Die Verankerung im sensiblen Baugrund halte. Bis 2008 soll die Schule bezugsbereit sein. «Wir sind im Termin und Kostenplan», so Ott. Auch im Tiefbau ist die Gemeinde Eschen rege tätig. Diesbezüglich lobte Ott die Zusammenarbeit mit den Regierungsstellen. Als kulturelle Höhepunkte im nächsten Jahr erwähnte der Vorsteher unter anderem den Sporttag und das Festspiel im Zusammenhang mit den 200-Jahr-Souveränitätsfeierlichkeiten.



Informationen aus erster Hand: Regierungschef Otmar Hasler und Vorsteher Gregor Ott bei der Versammlung im Mehrzweckgebäude in Eschen.

ANZEIGE

TOP
29.-
Markt-/Konkurrenzpreis 59.-

Laterne
Für Tischlichter oder Stumpentorchen, 75 cm
77936

TOP
69.-
Markt-/Konkurrenzpreis 119.-

Ski-Jacke Powder
Funktionelle, atmungsaktive
Ski-Jacke
Diverse Herren- und
Ausstattungen:
Blau/grau, S-XXL
8864

Landi
angenehm anders
www.landi.ch

WEINFESTIVAL

TOP
11.90
gültig 16.11. - 20.11.05
MARKT/NEU

Yverne AOC
Plan d'Essort blanc
70 cl
88111

TOP
2.50

Gilbweine
1 l
8888

TOP
6.90

Muscot Val
de Côte Catalanes
Top 50 cl
88178

TOP
4.90
NEU

Côte-de-Rhône AOC
75 cl
8884

TOP
7.90
NEU

Muscat Cabernet
J.F. Chassat
75 cl
8878